



Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019

Liebe Wählerinnen und Wähler des Landkreises Alzey-Worms,

am 26. Mai 2019 werden die Weichen für politische Entscheidungen in unseren Kommunen und im Europäischen Parlament neu gestellt. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Die Klimakrise und ihre Folgen sind spürbar auch in unsrer Region. Dürresommer und Hitze haben uns das erneut vor Augen geführt. Im Frühling waren Starkregenereignisse und Überflutungen zu beobachten. Die Folgen der globalen Erwärmung sind nicht mehr zu bestreiten.

Angesichts der Aufgaben der Zukunft wollen wir aber nicht verzagen, wir wollen handeln!

Global denken, lokal handeln!

Dafür brauchen wir in unserem Kreis, in den Städten und Gemeinden starke GRÜNE, die im Bewusstsein unserer globalen Verantwortung lokal die richtigen Entscheidungen auf den Weg bringen, damit Zukunft bei uns ein lebenswertes Zuhause hat.

Wie wir den Landkreis Alzey-Worms GRÜNER gestalten wollen, wie wir vor Ort für den Erhalt und die Verbesserung unserer ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen kämpfen wollen, das stellen wir Ihnen in unsrem Programm **Hier ist Zukunft zu Hause** vor.

Informationen zu den europapolitischen Zielen der GRÜNEN finden Sie in unserem [Europawahlprogramm 2019](#).

Wir GRÜNE bitten Sie, am 26. Mai wählen zu gehen!

Kandidat*innenliste für den Kreistag Alzey Worms:

1	Birgit Thörle	Saulheim
2	Wolfgang Gfrörer	Wörrstadt
3	Elisabeth Kolb-Noack	Dittelsheim-Heßloch
4	Thomas Rahner	Gimbsheim
5	Christine Geiger	Saulheim
6	Jean Sebastien Larro	Udenheim
7	Leonie Weber	Wöllstein
8	Detlev Neumann	Alzey
9	Isabel Neubauer	Saulheim
10	David Profit	Alsheim
11	Ulrike Sawitzki-Wild	Osthofen

12	Danny Behrendt	Alzey
13	Alice Selzer	Wöllstein
14	Peter Roncossek	Flörsheim-Dalsheim
15	Tabitha Elkins	Alsheim
16	Christoph Racky	Udenheim
17	Aynur Samat	Alzey
18	Milan Sell	Saulheim
19	Irina Hahn	Wörrstadt
20	Michael Stegemann-Krüger	Siefersheim
21	Sabine Fleger	Alzey-Weinheim
22	Martin Helmling	Hohen-Sülzen
23	Ruth Schmitt	Saulheim
24	Thomas Schuler	Dittelsheim-Heßloch
25	Ouassila Boujardine	Alzey
26	Jochen Thorn	Eppelsheim
27	Gabriele Brehm	Wörrstadt
28	Holger Schlöndorf	Alsheim
29	Annette Rahner-Seeliger	Gimbsheim
30	Jochen Hinkelmann	Alzey
31	Cornelia Schermer	Wörrstadt
32	Dirk Lammers	Wöllstein
33	Inge Ruckes	Alzey
34	Reimund Hess	Wöllstein
35	Beate Mandler	Alzey
36	Karl Franz Ruggaber	Partenheim
37	Christa Potten	Alzey
38	Steffen Hinkelmann	Alzey
39	Angela Deininger	Wörrstadt
40	Gisbert Hähn	Wörrstadt
41	Monja Reiß	Alzey
42	Friedhelm Strickler	Alzey
43	Nadine Blum	Dittelsheim-Heßloch
44	Russell Gasser	Alzey
45	Hildegard Maus	Alzey
46	Sebastian Schmidt	Wörrstadt
47	Anja Rösen	Wallertheim
48	Christoph Neyer	Alzey
49	Kerstin Janneck	Osthofen
50	Joh. -Georg Heilmann	Wörrstadt
51	Erika Faubel	Alzey
52	Martin Stent	Alzey
53	Ursula Nestmann	Alzey
54	Stefan Webel	Hohen-Sülzen
55	Harald Scholl	Alzey
56	Joachim Huber	Alzey
57	Axel Sawitzki	Osthofen

ZUHAUSE Klimaschutz FIRST

Es gibt keinen Planeten B

Für gutes Klima ZUHAUSE braucht es entschlossenes gemeinsames Handeln auf ALLEN kommunalen Ebenen

Natur-Klima-Landschafts- und Umweltschutz müssen bei kommunalen Entscheidungen endlich mehr Gewicht bekommen. Sinnvolle Abfallpolitik funktioniert nur mit stabilen Preisen und deutlichen Anreizen für Abfalltrennung und Abfallvermeidung. Nachhaltiges Wirtschaften, fairer Handel und die Vermarktung regionaler Produkte stärken Betriebe und Tourismus in unserer Region. Kurze Wege sparen Zeit, Sprit und Plastikverpackungen.

Energiewende und Klimaschutz

Wir im Landkreis Alzey-Worms haben geschafft, was Deutschland anstrebt: Die Bilanz des Stroms aus Erneuerbaren liegt im Landkreis Alzey-Worms deutlich über der Strommenge, die wir im Landkreis verbrauchen.

Die eigenständige Energieversorgung in kommunaler Hand ist ein wesentlicher Baustein der dezentralen Energiewende. Gerade Wind- oder Solarparks und viele kleine dezentralen Anlagen drücken die Kosten der Energiewende und erhöhen gleichzeitig die regionale Wertschöpfung. Wir dürfen das Heft der Energiewende nicht aus der Hand geben. Deshalb fordern wir GRÜNE, dass der Landkreis unsere Gemeinden dabei unterstützt, die Energieversorgung wieder in die eigene Hand zunehmen und Bürgerenergiegenossenschaften vor Ort zu fördern.

Für den Bereich Klimaschutz gibt es noch keine Anlaufstelle in der Kreisverwaltung, das muss sich ändern!

Energieeinsparungen im privaten und im öffentlichen Bereich müssen fachlich und engagiert betreut werden, um Einsparpotentiale zu finden und auszuschöpfen, unterstützt durch Fördergelder und Fachberatung. Die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude, die Nutzung öffentlicher Dachflächen für Energiegewinnung und der Energie-Check bei öffentlichen Beschaffungen sind nur einige Aspekte, müssen zum Standard werden.

Abfallpolitik

Die Restabfallmengen, die bei im Landkreis Alzey-Worms zur Verbrennung gebracht werden müssen, sind viel höher als in unseren Nachbarkreisen, landesweit gehört der Kreis hier zu den Schlusslichtern bei der Müllvermeidung und Verwertung. Das widerspricht dem Ziel des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, in dem oberstes Ziel die Müllvermeidung und an zweiter Stelle eine umweltschonende Müllverwertung ist. Verbrennung ist nur letztes Mittel.

Wir **GRÜNE** wollen endlich Abfallmanagement mit Weitblick, das die Umwelt schont, die Kosten stabil hält und Müll als wertvolle Ressource anerkennt.

Wir GRÜNE fordern eine sinnvolle Abfallpolitik mit stabilen Preisen und deutlichen Anreizen für Alle, die bereit sind ihre Abfälle zu trennen. Wir wollen eine Belohnung für Alle, die sich aktiv daran beteiligen, unnötigen Müll zu vermeiden.

Abfälle sind Wertstoffe, mit denen unsere Müllgebühren langfristig stabilisiert werden. Wir **GRÜNE** wollen, dass diese Wertschöpfung kommunal und vor Ort bleibt! Mit Pappe, Glas, Metallen, Holz, Elektronikschrott und etlichen Plastiksorten lässt sich durch eine Wiederverwendung viel Geld verdienen. Mit unserem Grünabfall erzeugen wir Strom und Biokompost.

Nachdem der Rechtsstreit mit dem Deponiebetreiber beendet wurde, ist die Reduzierung der Abfallmengen und eine bessere Verwertungsquote die wichtigste Aufgabe. Das geht nur mit überzeugenden Konzepten, Aufklärungsarbeit und Anreizen.

Wir GRÜNE fördern Regionale Produkte zur Stärkung unserer Landwirtschaft und unserer Region. Kurze Wege für vor Ort erzeugte Produkte, der Einkauf um die Ecke sparen Zeit, Sprit und Plastikmüllverpackungen ein.

Genau so intensiv wie sich die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises um die Industrie kümmert, muss sie sich zukünftig auch um unsere Erzeuger vor Ort kümmern.

Welcher Wert wird aktuell dem Schutz von Natur- und Landschaft und unseren gewachsenen Dörfern beigemessen? Gegen den massiven Siedlungsdruck brauchen wir eine engagierte Verwaltung, denn die Siedlungsentwicklung liegt maßgeblich in den Händen der Kommunen

Wir **GRÜNE** fordern hier mehr Einsatz. Wir setzen uns dafür ein, dass Natur- Klima- Landschafts- und Umweltschutz bei kommunalen Entscheidungen ein höherer Stellenwert einräumt wird.



ZUHAUSE Bildung für ALLE

Bildung stärken, Vielfalt schaffen.

Wir wollen, dass jedes Kind die besten Bildungschancen hat.

Nur mit Grün bleibt der Fokus auf den Bildungsangeboten für unsere Kinder. Für jedes Kind von Anfang an die gleichen Chancen. Das KiTa Gesetz muss umgesetzt werden, das heißt, jedes Kind bekommt einen Kindergartenplatz. Der Kreis muss zügig die fehlenden KiTa Gruppen aufbauen. Frühkindliche Pädagogik und ein guter Personalschlüssel müssen im Vordergrund stehen. Alle beteiligten Pädagogen müssen bei Bildungsübergängen – ob von der KiTa zur Grundschule oder später in die weiterführende Schule – einbezogen werden. Schulgebäude müssen die Anforderungen eines inklusiven und ganztägigen Lernens erfüllen – Schule ist Lebensraum. Die Digitalisierung in Schulen muss zügig ausgebaut werden.

Jedes Kind soll von Anfang an gleiche Chancen haben.

- Unser Ziel ist es, jedem Kind einen Kitaplatz anbieten zu können.
- Einen festen Platz von Anfang an. Keinen Wechsel von der Wohnung der Tagesmutter in eine ganz andere wiederum für das zweijährige Kleinkind neue und fremde Einrichtung.
- Eine durchgängige siebenstündige Betreuungszeit. Kein Herausnehmen des Kindes aus seiner Gruppe, wenn die Mutter nicht mehr arbeiten geht und der Anspruch auf den Ganztagsplatz verfällt.
- Sprachförderung darf nicht vom Willen des Trägers oder der Kitaleitung allein abhängig sein. Sie muss verpflichtend in allen Einrichtungen stattfinden.
- Der Übergang von der Kita zur Grundschule darf nicht beliebig bleiben. Verbindliche Kooperationsformen zwischen Kita und Grundschule müssen erarbeitet und standardisiert werden.
- Der Personalschlüssel soll allen gerecht werden, den Erziehern und Erzieherinnen und den Kindern von Anfang bis zum Ende der Kitazeit.
- Verbesserungen bei kommunalen Kindertagesstätteneinrichtungen dürfen nicht vom Parteibuch der jeweiligen Kommune abhängig bleiben.

Gute Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder ist nur durch verantwortliche Zusammenarbeit aller, die in die Erziehung der Kinder involviert sind und Verantwortung tragen, möglich.

Bei allen Planungen muss bei allen Beteiligten die frühkindliche Pädagogik im Vordergrund stehen.

Die Verantwortungsgemeinschaft für gleiche Bildungschancen von Anfang an liegt bei den Trägern, beim Jugendamt, bei den Erziehern und Erzieherinnen und bei den Eltern. Dies wollen wir fördern und unterstützen.



ZUHAUSE in Rheinhessen

Mehr sozialer Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen

Unsere Städte und Gemeinden müssen attraktiv für alle sein: Alt und Jung, zugewandert oder hier geboren, sowie Menschen die Unterstützung benötigen

Wir fordern einen Armutsbericht für den Kreis und Handlungskonzepte. Der zunehmenden Armut wollen wir vor Ort entgegentreten. Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige soziale und ökologische Gemeindeentwicklung, die gleichzeitig die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fördert und ermöglicht. Dafür fordern wir eine aktive Kreiswohnungsbaugesellschaft.

Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis jedes Menschen. Doch bezahlbarer Wohnraum wird auch in unserem Kreis immer knapper. Inzwischen sind auch bei uns extreme Preissteigerungen für Mieten und Bauland Realität. Unsere Kommunen wachsen und die Nachfrage ist weiterhin ungebrochen, aber Boden ist ein nicht vermehrbare Gut. Einfamilienhaus-Wohngebiete auszuweisen, greift zu kurz und führt zu Folgeproblemen. Das Wachstum muss so gestaltet werden, dass die Ortskerne lebendige Treffpunkte bleiben und der Wohnraum-Bedarf der BürgerInnen für jede Lebensphase und jeden Geldbeutel gedeckt wird.

Trotz des zunehmenden Siedlungsdrucks aus dem Rhein Main Gebiet setzen wir GRÜNEN uns für eine maßvolle Entwicklung ein, sowohl bei der Nachverdichtung in den Dorfkernen, als auch bei dem geplanten Baugebiet. Gut durchdachte Bauungs- und Flächennutzungspläne sind ebenso wie die Regionalplanung ein wichtiges Steuerungsinstrument. Befreiungen davon begünstigen Einzelne, meistens zu Lasten aller anderen in diesem Gebiet. Erweiterungen der Baugebiete und Neuausweisungen müssen im Vorfeld geprüft werden auf Folgen und Folgekosten

wie notwendige Kita-Plätze, Schulen und sonstige Infrastruktur. Kein Wachstum um jeden Preis! und keine Gewinnmaximierung weniger unter dem Deckmantel der Wohnungsnot.

Wir wollen eine GRÜNE nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen gezielt fördern und so die Lebensqualität in unserer Gemeinde steigern. Wir nutzen dabei die kommunalen Förderprogramme und Landeswettbewerbe wie „Mehr Mitte bitte!“ oder „Starke Kommunen – Starkes Land“ um GRÜNE Schwerpunkte zu setzen und damit den Ausbau der interkommunalen Kooperation und unsere Leitlinie Innen- vor Außenentwicklung zu fördern.

Wir wollen uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Kommunen, in denen Wohnraumknappheit besteht, ein Zweckentfremdungsverbot per Satzung im Rat zu beschließen können. Im Bundesrecht muss das Vorkaufsrecht für Kommunen für solche Immobilien eingeführt werden



Unsere Wirtschaftspolitik orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und des fairen Handels. Gute Rahmenbedingungen für unsere Weingüter, Höfe, Handwerksbetriebe und anderen Unternehmen im Landkreis sind uns wichtig. Die von bäuerlich-mittelständigen Betrieben geprägte Landwirtschaft bei uns wollen wir erhalten und ihr eine Zukunft geben. Die Entwicklung eines nachhaltigen Wein-, Wander- und Radfahrtourismus in Rheinhessen ist uns ein Herzensanliegen. Hierfür ist es uns wichtig, dass wir LEADER-Region der EU sind und bleiben, um solche Projekte finanzieren zu können. Wir unterstützen auch, dass Weinkultur zum Welterbe wird, weil das für unsere Region, unsere Weingüter und unsere Tourismusanbieter Chancen bietet. Uns sind Einkaufsmöglichkeiten vor Ort wichtig.

ZUHAUSE bis ans Ziel ökologisch mobil

Nahverkehr ausbauen, nachhaltig weiterkommen.

Zur Arbeit, in die Schule, in der Freizeit: Mobil zu sein ist wichtig, um das eigene Leben zu gestalten.

Die Mobilitätswende fängt ZUHAUSE an. Für umweltverträgliches Pendeln in die Ballungsräume brauchen wir emissionsarme Busse und Bahnen im Taktverkehr, die 365 EUR Jahreskarte und die Förderung von E-Bikes und E-Autos als Zubringer zu einem leistungsstarken, attraktiven Nahverkehr. An Ladesäulen soll vorrangig regenerativer Strom angeboten werden. Wir setzen uns für eine Radverkehrsplanung im Alltagsverkehr ein, und fordern eine Radwege- Netzkarte für den Landkreis Alzey-Worms.

Wir **GRÜNE** im Landkreis Alzey-Worms setzen uns für ein umfassende Verkehrskonzepte ein, in denen die Belange aller Verkehrsteilnehmer*innen, ob zu Fuß oder mit dem Rad, ob mit PKW oder mit dem ÖPNV, ob Lieferant*in oder Abholer*in im Gewerbe, betrachtet und bewertet werden. Dies soll für den gesamten Landkreis und nicht nur vorrangig für die bisherigen Nadelöhre in einzelnen Gemeinden, oder einzelne Straßen in den Ortsgemeinden geschehen.

Das Verkehrskonzept muss auch die Verringerung von Emissionen aus Individualverkehr, Lieferverkehren und ÖPNV im Sinne des Klima- und Umweltschutzes zum Ziel haben.

Fußgänger*innen

In Ortschaften streben wir flächendeckend Tempo 30 an, an neuralgischen Punkten sollen dort Schutzstreifen für Fußgänger*innen möglich werden, wo der Gehweg nicht ausreichend breit oder gar nicht vorhanden ist. Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind wie Rollatoren oder Kinderwagen, sollen sich gefahrenfrei in ihren Heimatorten bewegen können. Querungshilfen sollen - wo nötig - auch an weniger verkehrsreichen Durchgangsstraßen für schwächere Verkehrsteilnehmer*innen geschaffen werden können.

Immer mehr Eltern bringen ihre Kinder mit immer größeren Fahrzeugen direkt vor die Schultüren, weil ihnen die Schulwege zu gefährlich scheinen. Dabei übersehen viele, dass die Fahrzeuge der Eltern selbst eine Gefährdung des Schulweges für alle Kinder darstellen, da sie unübersichtliche Situationen fördern. Vor Schulen fordern wir deshalb Einschränkungen für den Individualverkehr in den Zeiten am Schulbeginn und Schulende. Wir wollen kostenfreie Schülerbeförderung auch für Schüler*innen der Klassen 11-13.

Radfahrer*innen

Radwege innerhalb der und zwischen den Orten zur Anbindung an den ÖPNV müssen besser ausgebaut werden und zusätzliche wetterfeste Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Im innerörtlichen Verkehr sollen zur Vermeidung von Lieferfahrten auch Lastenräder gefördert werden.

Wir setzen und für eine Radverkehrsplanung im Alltagsverkehr ein, und fordern eine Radwege-Netzkarte für den Landkreis Alzey-Worms. Die Investitionen für Alltagsradler kommen gleichzeitig dem touristischen Radverkehr zugute. Innovative Ansätze, wie Nutzung der Zufahrtsstraßen zu Windenergieanlagen und dazu passende Lückenschlüssen unterstützen wir ebenso wie die Anbindung an Radschnellwege.

Wir wollen die jede kommunale Straßensanierung mit der Planung von Radwegen und Fahrradstreifen verbinden. Der Ausbau von Fahrradwegen soll an Landesstraßen mit jedem Planfeststellungsverfahren verknüpft werden. Bei Planfeststellungen, sowie einfachen Sanierungsmaßnahmen sind Fachverbände wie VCD und ADFC als Fürsprecher für den ökologischen Verkehr hinzuzuziehen.

ÖPNV-Nutzer*innen

Die Fortschreibung 2018 des Nahverkehrsplans ist ein erster Schritt in die richtige Richtung eines gut funktionierenden klima- und umweltschonenden ÖPNV. Die Einführung des Taktverkehrs für die Buslinien im Landkreis verbessert das Angebot erheblich. Knotenpunkte in einzelnen Gemeinden und direkte Anbindungen an das Schienennetz sind wichtige Eckpfeiler in diesem Konzept. Eine Verbesserung der Anbindungen auch von weniger zentralen Bahnhöfen wie Alsheim, Mettenheim, Gundersheim, Flörsheim-Dalsheim oder Eppelsheim an den Bustakt ist von Bedeutung für den zukünftigen Erfolg des ÖPNV.

Angesichts der dringend notwendigen Verkehrswende ist die Ausschreibung auf 10 Jahre allerdings zu hinterfragen. Die Entwicklung von emissionsarmen und sogar Null-Emissions-Fahrzeugen für den Bus- und Bahn-Verkehr, sowie zu erwartende Förderkonzepte dafür in den nächsten Jahren lässt die Ausschreibung von Linienbündeln lassen kürzere Zeiträume sinnvoll erscheinen. So können neue Entwicklungen in die Ausschreibungstexte einfließen.

Für den Erfolg des angebotenen ÖPNV ist ein einfaches, preiswertes und verständliches Preissystem wichtig.

Fernverbindungen zu Oberzentren sollen schon an den Haltestellen ZUHAUSE sichtbar gemacht werden. Wir wollen die fortschreitende der Digitalisierung zum Vernetzen von ÖPNV und Individualverkehr nutzen.

Die Zugverbindungen auf den Strecken zwischen Bingen-Mainz-Worms sollen v.a. morgens und abends ausgebaut werden. Lücken von mehr als 30 Minuten sind zwischen 5 Uhr und 23 Uhr nicht akzeptabel. Die Reaktivierung der Bahn-Strecken wie z.B. im Zellertal stehen schon lange auf unserer Agenda.

Null-Emissions-Mobilität:

Viele Menschen haben den Wunsch, Null-Emissions-Fahrzeuge wie E-Bikes oder E-Autos zu nutzen. Wir brauchen auch „auf dem Lande“ eine Infrastruktur, die diesem Wunsch Rechnung trägt. Es reicht nicht aus, nur vereinzelt Ladepunkte zu errichten. Wir wollen, dass die Kommunen in ihren Bauleitplänen Flächen vorsehen und diese öffentlich mit der Maßgabe der Nutzung regenerativer Energien ausschreiben. Wir wollen, dass die Anbieter auch Ladekarten anderer Anbieter ohne Kostenaufschlag akzeptieren müssen.



ZUHAUSE Umwelt und Natur schützen

Lebensräume schützen, Artenvielfalt erhalten.

Nicht nur Bienen müssen wieder hier ZUHAUSE sein.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass möglichst wenig Fläche bebaut und versiegelt wird. Wir brauchen wieder mehr Lebensraum für Tiere und Pflanzen: Blühende Gärten und Begrünung statt Steinwüsten, Agrarlandschaft mit Blühstreifen und Hecken, Artenvielfalt auf kommunalen „Eh da-Flächen“.

Wir **GRÜNE** engagieren uns vor Ort in unserer Heimat Rheinhessen auf politischer Ebene schon lange und vielfältig für Natur- und Umweltschutz, für artenreiche Grünflächen in den Gemeinden als Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Wir haben uns für ökologische Pflegerichtlinien oder Baumschutzsatzungen eingesetzt und Anträge ausgearbeitet, dass öffentliche Grünflächen artenreich angelegt und dass invasive Neophyten bekämpft werden. Viele von uns sind persönlich in Sachen Biodiversität unterwegs. Sei es mit eigenen bunten Streuobstwiesen oder naturnahen Gärten, mit Imkerei, Naturführungen, in Umweltverbänden oder mit oder mit verschiedenen Umweltprojekten.

Wir schreiten ein, wenn klein- und großflächige Kahlschläge durchgeführt werden und gegen das Abzackern und Abspritzen von Wegerändern. Alle Gemeinden stehen in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass ihre eigenen Flächen in der Gemarkung sich artenreich entwickeln können. Blühende Wegeränder, auch Straßenränder, und Windschutzstreifen sind wichtige Bestandteile einer regionalen Biotopvernetzung. Sie stellen in unserer weitgehend ausgeräumten Agrarlandschaft wichtige Lebensräume für Pflanzen, Insekten und Tiere dar. Kommunen aber auch Private sind vor Ort die ursprünglichen Akteure für die Erweiterung der Biodiversität. Wir begrüßen auch Projekte von berufsständischen Institutionen, wie z.B. die Beetle Banks (Käferbänke) oder Maßnahmen für Rebhühner in der Gemarkung Alzey. Dieses Engagement muss unterstützt werden. Wir setzen uns außerdem für ein Pestizidverbot auf kommunalen Flächen ein.

Wir machen in den Räten konkrete Vorschläge für die Bauleitplanung und begleiten aufmerksam die verschiedenen ökologisch wertvollen Kompensationsmaßnahmen für bauliche Eingriffe in Natur und Landschaft. Wir nutzen dabei die erheblichen Finanzmittel aus Ersatzzahlungen z.B. von Windenergiebetreibern und Gelder aus verschiedenen Fördertöpfen des Landes (wie z.B. Aktion Blau Plus) in vielfältige Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung der Kulturlandschaft Rheinhessens investieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst wenig Fläche bebaut und versiegelt wird. Bei Flurbereinigungen muss sichergestellt werden, dass vielfältige, kleinteilige Landschaftsstrukturen erhalten bleiben oder neu geschaffen werden. Immer nur größere Wirtschaftsflächen fördern nur den weiteren dramatischen und

gefährlichen Rückgang der Artenvielfalt.

Wir wollen, dass die Untere Naturschutzbehörde (UNB) bei der Kreisverwaltung so ausgestattet wird, dass sie ihre wichtigen Aufgaben noch besser und umfassend erfüllen kann. Sie muss in den Stand gesetzt werden, die vielfältigen Kompensationsmaßnahmen im Kreis intensiv fachkundig zu betreuen aber auch zu beaufsichtigen.

Wie schätzen den Fachbeirat für Naturschutz bei der Kreisverwaltung, der sich intensiv und fachkundig mit naturschutzrechtlichen Belangen vor allem in Angelegenheiten der Bauleitplanung und Regionalentwicklung befasst. Der Beirat muss durch Öffentlichkeitsarbeit stärker auf aktuelle Entwicklungen und Problemlagen hinweisen. Wir werben auch dafür, dass sich mehr engagierte Menschen für das Ehrenamt der örtlichen Umweltbeauftragten des Beirates zur Verfügung stellen und einen genauen Blick auf die Entwicklungen in der Heimatgemarkung werfen. Diese Arbeit muss entsprechend gefördert und gewürdigt werden.

Auf der politischen Ebene gibt es oft Widerstand gegen unsere Forderungen oder schlichtes Unverständnis. Auch die Gesetzeslage ist oftmals mehr als unbefriedigend. Dabei ist inzwischen Allgemeingut, dass zum Schutz und zum Ausbau der Biodiversität entschieden gehandelt werden muss. Wenn wir weiterhin zulassen, dass Wiesensalbei, Mauerbiene, Rebhuhn, Hamster & Co. der Lebensraum weggenommen wird, schaden wir letztlich uns selbst. Es gibt also immer noch sehr viel zu tun! Nur mit starken Grünen und starkem bürgerschaftlichem Engagement kann die Wende zum Besseren erreicht werden!

Artenvielfalt mit kommunalen „Eh da-Flächen“ fördern

Wir werden ein Förderprogramm zu Eh-da-Flächen auf den Weg bringen. „Eh da-Flächen“ sind Flächen, die in der offenen Landschaft „so-wieso da“ sind und keiner besonderen Nutzung unterliegen, wie Bahndämme, Verkehrsinseln, Straßenböschungen u.a. Diese können durch geringen Aufwand zu Entwicklungs- und Rückzugsräumen für Kleintiere und Wildpflanzen werden. Ein Beitrag zu Schutz und Entwicklung der biologischen Vielfalt.

Die Agrarlandschaft mit Blühstreifen aufwerten

Das Anlegen und die Pflege von Blühstreifen entlang von Weinbergen und Ackerflächen werden wir bei jeder Straßenbaumaßnahme einfordern. Sie bereichern die Agrarlandschaft. Die hierdurch angelockten Insekten leisten wertvolle Dienste bei der Bestäubung der angebauten Kulturpflanzen.

Blühende Gärten und Begrünung statt Steinwüsten

Dem zunehmenden Unfug, Freiflächen vor Häusern mit dicken Schotterlagen oder Fliesen, Marmor-, Granit- oder anderen Steinplatten zu verschandeln und damit weitere Flächen zu versiegeln, muss in den Bebauungsplänen entgegengetreten werden.

Wir **GRÜNE** wollen einen Wettbewerb an, bei dem besonders naturnahe und artenreiche Gärten jährlichen prämiert werden.

Gebäude für kommunale Aufgaben und mit öffentlichem Zweck, müssen bei

Sanierung oder Neubau mit einer Dachbegrünung versehen werden, sofern dies technisch und zu vertretbaren Kosten umsetzbar ist. Dachbegrünung durch Privatpersonen und Wirtschaftsbetriebe müssen umfangreicher gefördert werden.



**HIER SIND
BIENEN
WIEDER
ZUHAUSE.**

Lebensräume schützen, Artenvielfalt erhalten.

Am 26. Mai Grün wählen!

www.bundestag.de

ZUHAUSE sozial und fair

Zusammenhalt fördern, Offenheit leben.

Wir sind für eine offene und demokratische Gesellschaft, in der alle einen Platz haben, gegen Intoleranz und Hass, gegen Ausgrenzung und Vorverurteilung.

Wichtige Anliegen im sozialen Zusammenleben sind die Unterstützung von kulturellen Projekten, die Stärkung des Ehrenamtes, die Einführung einer kreisweiten Sozialkarte und eine flächendeckende medizinischen Versorgung. Eine gut koordinierte Jugend- und Zukunftspolitik lebt von der Förderung von Jugendräumen, Ferienspielen sowie von Spiel- und Sportstätten.

Wir möchten freischaffende Kulturschaffende genauso unterstützen, wie großflächige Kultureinrichtungen. Sie alle sichern unser kulturelles Erbe und bedürfen unserer Unterstützung. Ladenleerstände in Innenstädten und Dorfkernen wollen wir durch Ausstellungen lokaler Künstler/innen überbrücken.

Sozialpolitik bedeutet für uns eine Kombination aus der Förderung von Beschäftigungschancen, der Förderung von Gemeinschaft und das Vorhalten von passgenauen Angeboten bei Problemlagen. Zu solchen Angeboten gehören für uns eine gute medizinische Versorgung, eine gute Infrastruktur für Pflege, ausreichende Beratungsangebote, eine kostenlose und unabhängige Sozialrechtsberatung sowie die Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Wir wollen, dass das Jobcenter und die Arbeitsagentur aktiv die Fördermittel des Bundes abrufen und Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen. Die Beratung von Flüchtlingen wollen wir mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt intensivieren. Wir wollen Armut einerseits auf kommunaler Ebene bekämpfen, sodass sie gar nicht erst entsteht, und andererseits auch Teilhabe für diejenigen schaffen, die von Armut betroffen sind. Wir werden in Kooperation von Kreisverwaltung und Jobcenter eine kreisweite Sozialkarte einführen, die von Dienstleistern, Schwimmbädern, Theatern etc. ohne weitere Prüfung als Ermäßigungskarte anerkannt werden kann. Wir wollen erreichen, dass diese mit geringen Kosten auch zur Monatskarte in ganz Rheinhessen wird. Wir wollen das Bildung- und Teilhabe-Paket bei den Eltern besser bekannt machen, um die Chancen von Kindern aus finanziell schwachen Elternhäusern zu erhöhen.

Wir setzen uns vor Ort für Räume für Jugendliche ein, im besten Fall durch selbstverwaltete Jugendzentren.

Wir wollen die lokalen Ferienspiele zu einem für die Familien flexiblen, aber verlässlichen Betreuungsangebot für Kinder von sechs bis 12 Jahre während der Schulferien, an Feiertagen und an Samstagen ausbauen.

Ehrenamt hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir unterstützen es, dass sich Bürger/innen engagieren und mehr Anerkennung erfahren. Wir wollen insbesondere die Sportvereine unterstützen, indem wir einen Sportstättenatlas erstellen, die Vereine bei der Erhebung von Sanierungsbedarfen und bei der Beantragung von Förderung unterstützen. Für die Wassersportvereine streben wir mit unserem Nachbarkreis eine wettkampftaugliche Wassersportstätte für Rheinhessen an. Wir wollen, dass alle Kinder Schwimmen können. Wir werden

unterstützen, dass sich in jeder Verbandsgemeinde lokale Bündnisse für das Schwimmenlernen gründen. Wir werden die Schwimmhallen der Schulen in Kreisträgerschaft auch an Samstagen und in den Schulferien für Schwimmkurse öffnen.



Migration und Integration

Migration und Integration in geregelten Bahnen zu gestalten ist seit Jahrzehnten eine Daueraufgabe und wird es auch bleiben. Das betrifft die fast schon alltägliche Einwanderung und Eingliederung vieler Menschen in die neue Heimat und zunehmend auch den Umgang mit Fluchtbewegungen. Viele engagierte Rheinhess*innen arbeiten sehr engagiert und erfolgreich in der Flüchtlingshilfe mit; oft schon seit vielen Jahren, darunter auch viele Grüne. Wir unterstützen dieses Engagement nachdrücklich. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausländerbehörden, da, wo sie Ermessensspielraum haben, humanitäre Aspekte vordringlich berücksichtigen.

Wir unterstützen den Beirat für Migration und Integration des Landkreises und arbeiten gerne an den vielfältigen Aufgaben mit. Bei zahlreichen Veranstaltungen mit buntem Programm konnte der Beirat die Anforderungen, Erfolge und Probleme im Zusammenhang mit Migration und Integration einem breiten Publikum näherbringen, z.B. durch die Filmreihe zum Thema Diskriminierung, Rassismus und Extremismus. Nicht zuletzt hat sich der Beirat auch vertraulich hinter den Kulissen für die Belange von MigrantInnen und Geflüchteten eingesetzt. Der Beirat sollte für diese Arbeit mehr Kompetenzen und Einfluss erhalten.

Die große Zahl von Geflüchteten 2015/16 hat auch die Kommunen vor immense Herausforderungen gestellt. Man hat noch die Bilder von anfänglich überfüllten Turnhallen mit manchmal miserablen Zuständen in Erinnerung. Damals haben alle Beteiligten – vom Bund über die Länder, die Kreise, die Städte und Gemeinden, die professionellen Hilfsorganisationen und die zahllosen ehrenamtlichen HelferInnen die Ärmel hochgekrempelt, sich koordiniert und angepackt. Und sie haben es geschafft! All diesen gebührt höchste Anerkennung! Und sie haben der üblen Propaganda von rechten, noch rechteren und rechtsextremen Gruppen getrotzt.

Wir unterstützen das Integrationskonzept des Landkreises und die geplante zeitliche und inhaltliche Ausdehnung der Stelle, die auch durch die Stadt Alzey finanziell gefördert wird. Damit wird auch seitens der Kommunen der hohe Stellenwert betont, den die Integrationsarbeit als Daueraufgabe einnimmt.

Unsere rheinhessische Heimat ist bunt!

Mit vielen anderen sind wir Grüne – seit Jahrzehnten – aktiv im Kampf gegen rechtsextreme Umtriebe in Rheinhessen. Die ersten Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Alzey wurden vor fast 20 Jahren noch in „Einzelaktionen“ durch Grüne vor Ort organisiert. Seit etlichen Jahren organisiert neben den vielen örtlichen Initiativen auch das breit aufgestellte Bündnis „Alzey gegen Rechts“ tatkräftig unterstützt durch den DGB und oft zusammen mit „Rheinhessen gegen Rechts“ den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen braune Machenschaften im ganzen Landkreis. Wir stellen uns gemeinsam mit vielen anderen gegen Nazis, egal ob in Stiefeln, Turnschuhen oder im Nadelstreifenanzug!

Hier sind auch wir Grüne mit Herz und Hirn und Hand aktiv – **unsere rheinhessische Heimat ist bunt!**

Wir wollen eine Umwelt, die für Menschen gesund ist und kommenden Generationen eine lebenswerte Welt erhält. Der Grundsatz für Grünes Engagement ist „Global denken, lokal handeln“. Unsere kommunalen Räte wie die Orts-, Verbandsgemeinde- und Stadträte sowie der Kreistag entscheiden über die Politik vor unserer Haustür. Hier werden wir mit starken Grünen und einem grünen Landrat ökologische, soziale und gerechte Politik machen. Ihre Stimme entscheidet mit darüber, wie gut uns das gelingt!

